Pressemitteilung der GRÜNEN Freiburg
2.10.2024

Staatsbudget 2025: Eine Sanierung auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger

Mit einer gewissen Empörung haben die GRÜNEN Freiburg den Staatsvoranschlag 2025 zur Kenntnis genommen. Anstatt vermehrt an den Einnahmen zu arbeiten, zieht es der Kanton vor, bei den Leistungen für die Freiburger Bevölkerung zu kürzen.

Anstatt den Steuerfuss wieder auf 100 zu setzen, eine langjährige Forderung der GRÜNEN, hat der Staatsrat beschlossen, kräftig aus den bestehenden Fonds und Rückstellungen zu schöpfen. Laut François Ingold, Grüner Grossrat und Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, «schont der Staatsrat lieber die grossen Steuerzahler, als den Umweltschutz, die Sozialleistungen oder die vom Parlament erteilten Aufträge umzusetzen, wie zum Beispiel die Einstellung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern!» Zur Erinnerung: Die Budgets der letzten Jahre sahen bereits einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf vor. Eine Wiedereinführung des Steuerfusses auf 100 hätte ein gewisses buchhalterisches Kissen von fast 40 Millionen pro Jahr ab 2020 gebracht, ohne die Kaufkraft der Freiburgerinnen und Freiburger objektiv zu schmälern.

Darüber hinaus hat die wiederkehrende Verschiebung der Lasten von den Gemeinden auf den Kanton als Folge von Beschlüssen des Grossen Rates verheerende Auswirkungen auf die Finanzlage des Kantons. Der Grosse Rat mit seiner bürgerlichen Mehrheit vertritt systematisch die Interessen der Gemeinden und trägt damit zumindest teilweise die Verantwortung für den Zustand der Kantonsfinanzen. «Es ist höchste Zeit, dass die Gemeinden ihre langfristige finanzielle Verantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen, anstatt ihren kurzfristigen Vorteil zu suchen, indem sie das kantonale Schiff belasten», empört sich François Ingold weiter.

Nach monatelangem Zögern traut sich der Staatsrat endlich, offen von einem «Sanierungsprogramm» zu sprechen. Doch statt die Einnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen, zu erhöhen, setzt der Staatsrat, der ebenfalls eine rechte Mehrheit hat, ohne grosse politische Ambitionen auf Leistungskürzungen und die Verringerung seines Vermögens. Eine der ersten Massnahmen wird darin bestehen, die Löhne des Staatspersonals nicht zu indexieren, wodurch dessen Kaufkraft entsprechend sinken wird.

Kontakte

François Ingold, Grossrat, Fraktionschef
079 706 42 26

Bettina Beer, Präsidentin
079 607 81 40